

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 5.00, vierteljährlich 15.00 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 16.50 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Peitzelle oder deren Raum 75 Pfg., auswärts 85 Pfg., Reklamezeilen 2.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 283

Februar 179

Wildbad, Freitag den 2. Dezember 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

In der Zeitschrift „Die Zeit“ tritt Abg. Stresemann erneut für die größere Koalition ein.

Der seitherige ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen, der nach dem Rücktritt seines Kabinetts von dem Reichsverweser Horthy mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden war, hat nach mehreren fruchtlosen Versuchen den Auftrag an den Reichsverweser zurückgegeben.

In parlamentarischen Kreisen in Paris glaubt man, daß Briand durch seine ungeschickte Haltung in Washington sich selbst das Ende seiner Ministerherrschaft gesetzt habe. Man glaubt, daß entweder Poincaré oder Jonnart, der derzeitige Gesandte beim Vatikan, sein Nachfolger werde.

Murheddin Pascha ist mit türkischen Truppen in Adana (Südsizilien) eingezogen und hat die Verwaltung übernommen. Die französischen Truppen verließen unter Ehrenbezeugungen der Türken die Stadt. Adana liegt etwa 75 Kilometer nordöstlich von der Hafenstadt Mersina, wohin die Engländer Kriegsschiffe zum Schutz der christlichen Bevölkerung entsenden.

Die Not der deutschen Presse.

Zu diesem wichtigen Kapitel schreibt die „Frankf. Ztg.“ u. a.:

Wer berufsmäßig oder aus freiem Entschluß Interessen der Öffentlichkeit wahrzunehmen hat, wird in der Vertretung seiner eigenen Angelegenheiten um so zurückhaltender sein. Die Gründe dafür bedürfen keiner besonderen Hervorhebung. Sie treffen in hervorragendem Maße für das deutsche Zeitungsgewerbe zu, das es bisher vermieden hat, über das denkbar notwendigste Maß hinaus die Öffentlichkeit mit den Räten zu befallen, die auf ihm lasten und vielfach an die Wurzeln seiner Existenzfähigkeit greifen. In einer Hinsicht war das zweifellos ein Fehler: denn die Öffentlichkeit, der die Zeitung, und die deutsche in vorbildlicher Weise wie keine andere der Welt, dient, hat einen Anspruch darauf, in das materielle, geistige und kulturelle Ringen seiner Zeitungsbetriebe ab und zu einen Einblick zu gewinnen und manches, was heute seiner Aufmerksamkeit und darum auch seiner Anteilnahme entgeht, kennen und verstehen zu lernen.

Das jetzt so geschwächte neue Deutschland bedarf einer leistungsfähigen und unabhängigen Presse in viel stärkerem Maße noch als früher. Das Zeitungsgewerbe muß sich aber dagegen wehren, wenn die Lastenausbringung in einem Maße vor sich geht, daß seine wirtschaftlichen Grundlagen bis zu völliger Vernichtung bedroht werden.

Das Zeitungsgewerbe ist kein Gewerbe im Sinn eines industriellen oder Handels-Unternehmens und um so weniger, je höher es seine ideellen Ziele steckt. Es kann daher auch nicht wie derartige Unternehmungen in ungestümem Preisausschlag Ausgleich für eigene Kostensteigerung suchen. Es kann auch nicht wie eine Maschinenfabrik oder ein Bauunternehmen in Zeiten weniger guten Geschäftsganges seinen Betrieb einschränken. Seine Kosten bleiben im großen und ganzen die gleichen, auch wenn die Zahl der Bezahler und Inserenten zurückgeht. Je teurer aber der Bezugspreis wird, um so größer ist die Gefahr des Verlusts breiter Leserschichten, die einfach nicht mehr instand sind, die teure gewordene Zeitung zu halten. Die Presse hat ihren Bezugspreis nicht entfernt den gesteigerten Selbstkosten anzupassen vermocht. Der Preis des Papiers ist gegenüber dem Friedensstand auf das Zwanzigfache gestiegen, und weitere ganz außerordentliche Steigerungen stehen unmittelbar bevor. Die Teuerung aller anderen Materialien (Kohle, Elektrizität, Gas, Öle, Farben, Maschinen, Schriften- und Biehermaterial) und endlich der Löhne und Gehälter kommt hinzu. Daneben die im modernen Zeitungsbetrieb mit seinem ausgebreiteten Nachrichtendienst zu erstaunlichen Beträgen anwachsenden Aufwendungen für Nachrichtenübermittlung (Telephonate und Telegramme), die mit fortgesetzter Gebührenerhöhung gleichfalls die Ausgabenlaste in immer stärkerem Maße belasten.

Können die Zeitungen ihre Aufgaben erfüllen und

ihre Leistungen immer mehr steigern, wenn die materiellen Grundlagen als notwendige Voraussetzung hierfür ihnen verloren gehen? Bei den maßgebenden Stellen im Reich hat man sich diese Frage offenbar noch nicht vorgelegt, obschon es an mahnenden Zeichen und warnenden Rufen nicht gefehlt hat. Eine außerordentlich große Zahl von Blättern ist in den letzten Jahren eingegangen. Die Not der Zeit hat sie erschlagen. Vieles Wertvolle ist mit zerstört worden. Soll dieser Prozeß sich fortsetzen? In ernstlichen Eingaben an Reichsregierung und Reichstag ist wiederholt und eindringlich auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht worden, die aus einem Beharren oder gar Fortschreiten auf dem bisherigen Weg der staatlichen Lastenauferlegung und Sonderbesteuerung für den Bestand der Presse erwachsen müssen. Verblüffend geradezu war der Gedanke der Behandlung des Zeitungsinserats als eine Luxusangelegenheit, die mit einer hohen Sondersteuer zu beladen sei. Die gestaffelte Inseratensteuer bis zu 10 Prozent ansteigend, wurde Gesetz. Und gegen diese Steuer und die mehr als sonderbare Auslegung des Gesetzes wendet sich das Zeitungsgewerbe. Mit welcher inneren Begründung werden Zeitungsanzeigen dem Verkauf von Pelzwerk, Schmuckstücken und feinen Spitzen oder der Gasterei in Luxusgaststätten, Dielen und Bars gleichgestellt? Und haben die Zeitungsbetriebe wirklich die Möglichkeit, diese Sondersteuer auf den Inserenten abzuwälzen? Auch hier gibt es ziemlich enge, und je mehr die Teuerungswelle ansteigt, um so enger werdende Grenzen, die nicht ohne ernste Gefährdung überschritten werden können. Das dem Reichstag zugegangene Umsatzsteuergesetz erkennt an, daß die bisherige Luxussteuer umgebaut werden muß, weil sie sich in der Praxis als schädlich erwiesen hat. An der Inseratensteuer, deren verheerende Wirkungen noch viel größer sind und auf einem Gebiet, das sich an Bedeutung mit dem genannten gewiß messen kann, geht die Vorlage schweigend vorüber. Sie muß unbedingt fallen und auf das Maß der allgemeinen Umsatzsteuer herabgesetzt werden.

Aber mit der ungerechten und schädlichen Sonderbesteuerung des Inseratenteils der Zeitungen ist es nicht getan. Post und Eisenbahn wollen gleichfalls ihren Anteil haben. Der Reichstag hat einstimmig schon vor Monaten gefordert, daß Zeitungsdruckpapier zu einem billigeren als dem allgemeinen Tarif auf den Eisenbahnen besteuert werde. Aber die Regierung klammert sich nicht darum. Die Fehlbeträge der Post machen neue Gebührenerhöhungen notwendig. Auch die Zeitungen müssen daran mittragen. Aber das beabsichtigte Ausmaß der Ausschläge auf die bestehenden Zeitungsvertragsverhältnisse neben allen anderen Gebührenerhöhungen (Post, Telefon, Telegraph) überschreitet durch die Steigerung der bisher schon ganz gewaltig erhöhten Sätze um weitere rund 70 Prozent so sehr alle schlimmen Befürchtungen, daß eine ernsthafte Nachprüfung und beträchtliche Minderung dieser Sätze unbedingt gefordert werden muß.

Wo soll das enden?

Als der Dollar, der in den ersten Monaten dieses Jahres etwa 60 Mark wert war (Friedensstand 4.20 Mk.), nach Annahme des Londoner Ultimatus weiter hinaufkletterte, hat niemand es für möglich gehalten, daß er in kurzer Frist nicht nur die 100, sondern sogar die 200, ja endlich die 300 überschreiten würde. 100 holländische Gulden kosteten am 3. Januar 1921 2308 Mark, am 8. November 10850 Mark; 100 Schweizer Franken damals 1124, heute 5670 Mark; 100 französische Francs am 3. Januar 423 Mark, am 8. November 2250 Mark; 1 Pfund Sterling damals 260, jetzt 1215 Mark; 1 Dollar damals 74.30, am 8. November 298 Mark, zeitweise stand er schon weit über 300 Mark.

Was hat das für unsere Kaufkraft zu bedeuten? In dem Valutastand kommt die Kaufkraft einer Nation im Ausland zur Geltung. Sinkt die Valuta, so mindert sich die Kaufkraft. Alle Waren, die von außerhalb herin kommen, müssen dann zu gestiegenen Preisen bezahlt werden. Zunächst hielten die deutschen Firmen, die fremde Rohstoffe brauchten, mit Ankäufen zurück, weil sie hofften, daß der Marksturz einmal ein Ende nehmen müsse. Glücklich, wer schon früher fremde Devisen beiseite gelegt

hatte, um damit Käufe im Ausland begleichen zu können. Wer heute kaufen muß, ist gezwungen, uneingeschränkte Preise zu zahlen. Es kommt hinzu, daß die Weltmarktpreise zu Beginn dieses Jahres auf einem Tiefstand angelangt waren, wie niemals seit Kriegsbeginn — und daß viele von ihnen inzwischen gestiegen sind. Ein Kilo amerikanische Baumwolle war auf den Weltmärkten am 31. Juli 1914 für 0,63 Mark zu haben, im Februar 1920 kostete es etwa 100 Mark, so daß unsere Textilfabriken stillstanden, weil sie bei der damaligen Preissteigerung (die Amerikaner forderten in New York für ein Pfund Baumwolle 40 Cents, während der Friedenspreis etwa 13 Cents betragen hatte) auf günstigere Zeiten warten mußten. Bald danach begann die Abwärtsbewegung des amerikanischen Baumwollpreises, der infolge der dortigen Ueberproduktion von 40 Cents beinahe wieder auf 13 Cents fiel. Anfang April 1921 konnte man ein Pfund amerikanische Baumwolle für 17 Mark kaufen, dagegen kostete sie am 28. Oktober 84,40 Mark. Das bedeutet mithin den fünffachen Preis für unseren wichtigsten Textilrohstoff. Aber es gibt Stoffe, in denen die Preissteigerung noch weit schärfer vor sich gegangen ist: so kostete Rohseide in Lyon Anfang April 1921 zwischen 545 und 1336 Mark (der Friedenspreis bewegte sich zwischen 41 und 43,40 Mark) — am 28. Oktober 1921 dagegen zwischen 2760 und 4815 Mark.

Auf dem Metallmarkt ist die Entwicklung fast noch abler verlaufen, auf dem Getreidemarkt übersteigt sie alle Begriffe. Raffinierter Kupfer, das im Frieden 130 Mark wert war, kostete im Januar 1921 1250, am 4. November aber 5400 Mark; das Kg. Silber (Friedenspreis 81,55 Mark) stieg gleichzeitig von 2200 auf 3850 Mark. Weizen, der Anfang März 1920 noch zu 22,50 Mark auf den Weltmärkten zu haben gewesen war, wurde am 4. November mit 350—370 Mark bezahlt. Roggen stieg gleichzeitig von 20 auf 267—280 Mark. Für Weizen, unseren wichtigsten Proteinrohstoff, mithin eine Steigerung auf das Zwölf- bis Fünfzehnfache! Es ist nunmehr also wohl an der Zeit, daß wir auch an unsere verbissensten Gegner die Frage richten dürfen: Wo soll das enden?

Allerdings müssen wir uns über das eine klar sein: daß wir diese Frage an Frankreich nicht richten dürfen. Was wir auch tun und was wir auch lassen mögen — in den Augen der Franzosen haben wir alle Fälle die Schuld, und müssen auf alle Fälle alle neuen Lasten auf uns nehmen. So Unmögliches verlangt man von uns auf Grund des „Friedens“ von Versailles, daß einzelne Forderungen ihrer Väterlichkeit wegen schließlich fallen gelassen werden müssen. So war buchstäblich gefordert worden, Deutschland solle 660 000 Hufen und 6 Millionen Nebhühner als „Wiedergutmachungsleistung“ liefern — außer den Milchschafen, den Ferkeln, den Kaninchen, den Hunden, den Bienen und den Fischen, von denen uns keine einzige Tierart geschenkt wurde. Väterlich und unerträglich zugleich waren andere Verengungsverpflichtungen. So vermochte Deutschland beim besten Willen nicht, den Original-Koran des Kalifen Osman abzuliefern und ebensowenig den Schah des Eulians Kalka, der seinerseits dem König von Persien auf Grund des Artikels 248 des Friedensdokuments von Versailles zu liefern ist. Stände dieser arabischen König unter französischem statt unter englischem Einfluß, so würden vermutlich zur Strafe für diese „Vertragsverletzung“ wieder ein paar deutsche Städte besetzt werden.

Nach einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes sind auf Grund des Diktatfriedens von Versailles bis zum 31. März 1921 an vorhandene Farbstoffen 9391036 Kg. geliefert worden, an neu hergestellten 4116001 Kg. im Wert von fast 300 Millionen Mark. Gewaltig waren die Kohlenlieferungen. Vom September 1919 bis Juli 1920 lieferten wir 8,8 Millionen Tonnen, von August 1920 bis Januar 1921, also in den sechs Monaten nach dem Vertrag von Spa, 11,3 Millionen Tonnen. Die für Februar und März 1921 verlangten je 2,45 Millionen Tonnen konnten nicht in voller Höhe geliefert werden; statt ihrer lieferte Deutschland im Februar 1885051, im März 1419654 Tonnen. Riesenhaft waren die Ammoniaklieferungen, sie überstiegen in manchen Monaten 3 Millionen Gramm.

Es gibt kein Gebiet unserer Wirtschaft und unserer Kultur, das nicht auf Grund der Versailler Bestimmungen erschöpft worden wäre. So haben wir der Unversität

Wen jährliche Bücher und Handschriften zugeführt. Nach Belgien wurden aus Berlin die Bilder des Heuter Altars, aus München das „Abendmahl“ von Dietl Bouts geschickt. Auch Pflanzungen und Alleeabäume sind zu Millionen unter den „Reparationsleistungen“. Bis zum 31. März 1921 wurden allein 6 Millionen Kiefern und Fichten abgeliefert. Das alles natürlich ohne alle Entschädigung. Auch dort, wo eine solche Vereinbarung war, wird sie von den Nachhabern des Feindbunds vielfach gestrichen. So weiterte sich die Entente, den für die Saargruben, das Reichs- und Staatsgebiet und die abgetretenen fünf Eisenbahnbrücken im Saargebiet eingeleiteten Wert von rund 5,6 Milliarden Goldmark anzuerkennen, weil dieser Betrag nicht flüssig und daher nicht anrechnungsfähig sei. Seine Gesamtleistungen beehrte Deutschland auf mehr als 20 Milliarden Goldmark, während die Entente sie auf 8 Milliarden herunter schrieb. Für Handelschiffe und Rüstungsgüter legte die deutsche Regierung eine Summe von 9,8 Milliarden ein, während die Entente nur eine einzige Milliarde dafür anerkannte.

Es wird ewig denkbar bleiben, wie die 440 Artikel des Versailles Vertrags Deutschland in der unerträglichsten Weise nicht nur geknechtet, sondern auch der vorhandenen Wirtschaft- und Kultur Güter beraubt haben. Vor allem ist es Frankreich, das seinen Kopf darauf gesetzt hat, Deutschland Beträge abzuverlangen, die es ihm unmöglich machen müssen, auch nur die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, geschweige denn wirtschaftlich wieder hochzukommen. Bleibt Frankreich der Herr über die Geschichte des festländischen Europas, bestimmt sich weder England noch die nordamerikanische Union auf ihre politische und sittliche Verantwortung vor der ganzen Welt — so ist Deutschland rettungslos einem schlimmen Schicksal preisgegeben; es soll nur zahlen und fronden, und kann vom Ausland nichts mehr kaufen; jeder ruhige Ablauf der Preisveränderungen ist ihm versagt. Wir sind am Ende unserer Kraft.

Der Preis des Ultimatums.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Londoner „Labour Leader“ folgende vergleichende Tabelle, deren Zahlen er der amtlichen „Labour Gazette“ und dem „Konfessionär“ entnommen hat. Die Zahlen zeigen den Prozentsatz der Arbeitslosen in den englischen und deutschen Gewerkschaften.

	England	Deutschland
1921		
Januar	6,9	4,5
Februar	8,5	4,7
März	10,0	3,7
April	17,8	3,9
Mai	22,2	3,7
Juni	23,1	3,0
Juli	18,7	2,6
August	16,5	2,2

Nachdem der September für England eine weitere Ermäßigung des Prozentsatzes auf 14,8 gebracht hatte, ist er seitdem wieder gestiegen und betrug Ende Oktober 15,6. Die Gesamtzahl der auf den Arbeitsbörsen eingetragenen Arbeitslosen betrug am 30. Sept. 1.403.000, am 28. Oktober 1.610.000 und am 4. Nov. 1.729.000.

Eine andere Beleuchtung zum selben Thema bildet die Mitteilung eines Londoner Blatts, daß gegenwärtig zwischen 700 und 800 britische Schiffe mit einer Gesamttonnage von 3.000.000 Tonnen aufgelegt sind, weil es sich nicht lohnt, sie fahren zu lassen. Dadurch sind einige 25.000 Offiziere, Maschinisten, Matrosen und Fräulein arbeitslos geworden. Die erzwungene Ueberbevölkerung des englischen Marktes mit deutscher Tonnage (den Auslieferungsschiffen) hat sich so bitter gerächt, daß kürzlich ein großer englischer Räder sehr bebauerte, daß die Deutschen nicht auch ihre Handelschiffe, wie die Kriegsschiffe versenkten hätten!

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 1. Dez. Unter starkem Andrang aus allen Teilen des Reichs nahm heute der 4. Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei im Festsaal der Biederhalle, die im Flaggenschmuck der alten Reichs- und der württ. Landesfarben prangte, seinen Anfang. Nach einem Orgelvortrag eröffnete Abg. Stresemann die Tagung. Zum Vorsitzenden wurde Geheimrat Kahle berufen.

Geheimrat Kahle: Der Fluch von Versailles fängt an, zu wirken. Feierlich müssen wir unser Recht auf Oberschlesien wahren. Was der Reichstag in dieser Beziehung getan hat, kann unmöglich genügen. Eine nationale Kundgebung ist im Reichstag der Gegenwart, der unter dem Terror einer kleinen Minderheit steht, unmöglich. Eine Protestkundgebung der Deutschen Volkspartei gemeinsam mit den Deutschnationalen begegnete dem Widerspruch selbst bürgerlicher Parteien. (Pluruse.) Dem Gewaltspruch können wir uns niemals fügen, auch nicht unsere Enkel und Urenkel. Solange dieses Verbrechen besteht, ist jede Rede von Völkerverständnis eitles Geschwätz. Frankreich muß in seiner schütternden Angst das Empfinden haben: irgend einmal kommt eine Stunde der Abrechnung (türkischer Beifall). Sie muß keineswegs kommen durch einen kriegerischen Angriff von Deutschland; aber die Weltgeschichte kennt auch noch andere Methoden, um die weltgeschichtliche Gerechtigkeit schließlich durchzusetzen. Dem furchtbaren Ernst gegenüber muß unser Entschluß zur Reichsfreundlichkeit und Reichseinheit stehen.

Hofrat Vices-Stuttgart zeigte, wie die alten Nationalliberalen sich ursprünglich zur Demokratie wandten, jetzt aber wieder sich bei der D. Vp. sammeln.

Geheimrat Kahle wünschte, daß das Verhältnis der Partei zu den Deutschnationalen friedlich und erträglich bleibe. Die Deutschnationalen sagten: Wir warten auf unsere Zeit. Demgegenüber betont die Deutsche Volkspartei: Jetzt ist die höchste Zeit.

Dann wurden etwa 10 Vertreter aus Oesterreich, Tirol und der Tschechei begrüßt. Den Dank an die Oesterreicher erstattete namens der Parteileitung Abg. Mittelmann.

Mit türkischem Beifall begrüßt wurde Admiral Scheer, der Sieger von Slagerrak. Er betonte, daß er es für seine bürgerliche Pflicht halte, wieder mitzuwirken. Die beiden Uebel, unter denen wir leiden, seien Behrlosigkeit und Uneinigkeit. An der ersteren können wir nichts ändern, dagegen mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft habe sich die Volkspartei ein großes Ziel gesetzt. Nicht der Ruf nach dem einen starken Mann könne uns retten, sondern viele starke Männer und Frauen müssen ein einiges Volk schaffen.

Dann ergriff wieder Stresemann das Wort. Er begann mit der Konferenz zu Washington, auf der Deutschland nur Objekt ist. Aber auch die „Sieger“ sind in tiefer Unruhe. Es ist, als wenn ein Fluch haften an dem Werk von Versailles. Ein weltwirtschaftliches Chaos ist es, das der Friede zurückgelassen hat. Wir hören jetzt viel von einem „Moratorium“. Eine Stundung ohne Herabsetzung aber hat gar keinen Wert. Zahlen können wir nur mit Sachleistungen, vielleicht ist auch der Weg einer internationalen Anleihe gangbar, aber immer müssen wir zuerst mit unserer eigenen Finanzwirtschaft ins Reine kommen. Nur dann können wir die Notenpresse stilllegen. Wenn Briand, dem leider immer noch kein deutscher Staatsmann geantwortet hat (leb. Weis.), sich vor einer deutschen Wiedererhebung fürchtet, so möge er erst seine eigene Politik ändern. Daß es zum Krieg kam, rührt schließlich in erster Linie daher, daß wir ihn immer zu vermeiden suchten. Die Politik der nationalen Einheitsfront haben wir immer vertreten, aber man muß dann auch auf deutsch-

nationaler Seite eine Politik machen, die eine Einheitsfront ermöglicht.

Der Hauptvorstand der Partei sprach in einer geschäftigen Sitzung der Reichs- und Landtagsfraktion das Vertrauen aus.

Neues vom Tage.

Die Beamteneinstellung in Bayern.

München, 1. Dez. Nach dem Regierungsentwurf wird die Neubefolgung der Beamten usw. die Gehaltsausgaben für Bayern von 1000 auf 1600 Millionen Mark steigern. Dazu kommt für die Pensions- und Hinterbliebenenbezüge ein Mehraufwand von 150 und für die Vertragsangestellten von 20 Millionen. Auf den Rest des Jahres 1921 entfallen 385 Millionen Mark. Aus dem besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 1. Dez. Die französische Behörde hat die Vorträge, die Klara Zetkin hier halten wollte, wegen des Metallarbeiterstreiks verboten.

Rathenaus Verhandlungen.

Paris, 1. Dez. „Petit Journal“ erfährt aus London, die Verhandlungen Rathenaus in London seien auf Schwierigkeiten gestoßen, der englische Minister sei in letzter Stunde abgesagt worden. Rathenau soll einen Zahlungsausschub von 5 Jahren erbeten haben, während die englische Regierung höchstens 3 Jahre vorschlagen wollte. Rathenau wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich in die Verteilungsart der ersten Ultimatumzahlungen, von denen Frankreich nach dem Brüsseler Abkommen vom 13. August nichts erhält, noch nicht eingewilligt habe und daß nicht voranzusehen sei, was eintrete, wenn Frankreich auf seiner Weigerung beharre. Die Londoner Bankiers tragen noch starke Bedenken, eine deutsche Anleihe auf dem Londoner Markt aufzulegen. Außer Rathenau sollen auch Vertreter der größten deutschen Banken in London anwesend sein.

Langfristige Anleihe statt Zahlungsausschub?

London, 1. Dez. Der politische Berichterstatler der „Westminster Gazette“ teilt mit, die Ansicht gehe jetzt dahin, daß ein Zahlungsausschub für Deutschland nicht der beste Ausweg aus der Schwierigkeit sei. Die Sachverständigen seien für eine langfristige Anleihe, die ausgegeben werden soll in der Form von Obligationen, die vom Bitterbund garantiert und in 30 oder 40 Jahren rückzahlbar seien. Die Bezahlung der Entschädigungen durch deutsche langfristige Obligationen würde nicht den Nachteil haben, den Wechselkurs in Mitleidenschaft zu ziehen.

Frankreich will neue „Pfänder“.

Paris, 1. Dez. Der „Matin“ schreibt zu der Frage eines Zahlungsausschubs für Deutschland, Frankreich könne nicht zulassen, daß Zahlungsscheitern ohne Ausgleich, der Ausschub ohne neue Pfänder (Sanktionen?) bewilligt würden und daß ein englisch-deutsches Handels- und Bankgeschäft über die französischen Rechte und Interessen hinweg erfolge. Die französische Regierung werde die nächste Gelegenheit suchen, um sich klar vor ihren Verbündeten und der öffentlichen Meinung der Welt auszusprechen.

Zwei Dreieinde.

London, 1. Dez. Bei einem Besuche der Ueberseebanken hielt Kolonialminister Churchill eine Rede. Er sagte u. a., die auswärtige Politik löse sich auf in ein Dreiländer-Abkommen zwischen Amerika, England und Japan zur friedlichen Entwicklung des Weltteils um das Stille Weltmeer. Es sei aber noch ein anderes solches Abkommen nötig, eine freundschaftliche Vereinbarung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland zur Wiederherstellung der Wohlfaht Europas. England müsse dieses Ziel beharrlich verfolgen, es dürfe sich aber nicht auf Frankreichs Kosten mit Deutschland anfreunden. Das sinnige Verstehe, daß ein Volk von 60 Millionen 12 oder

Die Wirtin „d. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höder.

12.

(Nachdruck verboten.)

Der Gefrannte wippte nur mit den Schultern. „Da bin ich zu dumm dazu, Herr Amtsrat,“ entfuhr es ihm dann. „Heute Abend, so um acht herum, hat man gleich beim Dorf auch einen Schuß fallen hören, aber da war der Lammwirt ja schon stundenlang fort und Sie hatten bereits bei mir durch den Fernsprecher angefragt.“

„Einen Schuß will auch Mehlig gehört haben, aber das soll um volle vier Stunden früher gewesen sein.“

„Schon möglich, das will nicht viel heißen, hier herum knallt es öfters. Nur nicht gerade hart beim Dorf und auf der offenen Landstraße.“

„Ja, gerade dort soll man nach Mehlig's Angaben während der Dämmerung geschossen haben und etwa zehn Minuten später ist der Braune mit Bindewalds Schlitzen die Straße wie toll heruntergefallen. Ob dieser Schuß etwa dem Vermissten gegolten hatte?“ Das legte sagte er mit Rücksicht auf die Nähe der Lammwirtin ganz leise; aber er hätte kaum die Rücksicht walten zu lassen brauchen, denn bei der Frau machten eben die völlig erschöpften Nerven ihr Recht geltend.

„Um, hm!“ Der Bürgermeister kratzte sich ungeschicklich hinter dem Ohr. „Sie meinen, es möchte einer aus dem Dorf den Lammwirt aufgelauert haben?“

„Erraten. Haben Sie zweifelhaft Gefellen, denen man eine derartige Tat zutrauen könnte?“

Wieder wippte der andere mit den Schultern. „Lumpengesinde! Haben wir so eigentlich keines im Ort, ich wüßte keinen.“

„Aber Sie wissen doch wenigstens, wer gestern hier beim Kaufabschluß zugegen gewesen ist und also auch Bindewalds Versprechen, Ihnen heute die Kaufsumme selbst überbringen zu wollen, mit angehört hat?“

„Die Männer sitzen alle dort,“ meinte der Gefrannte gleichmütig. Er hatte etwa spaltbreit die Tür geöffnet und wies nun verstohlen nach den trotz der frühen Morgenstunden noch immer überfüllten Tischen. „Doch halt, einer von den gestrigen, fehlt heute — Krämer Jungnickel, ist mir's recht, so war der heute überhaupt nicht in meiner Wirtschaft. . . nein, nein, das hat nichts auf sich,“ unterbrach er sich lachend, als der Amtsrat interessiert aufblickte. „Ich spreche vom Jungnickel; Sie haben es ja selbst angeordnet, daß der Ortsbühnen sein Haus bewachen soll, damit's nicht etwa weggetragen wird.“ Er lachte wieder. „Nichts für ungut, Herr Amtsrat, aber da sind Sie auf einer grundfaulen Fährte. Jungnickel ist ein kreuzbraver Mensch — er wies verstohlen mit dem Daumen rückwärts nach der schlafenden Lammwirtin auf dem Sofa —, er hat doch deren Tochter zur Frau. Na ja. Sie wissen wohl um die alte Geschichte.“

„Gerade diese alte Geschichte hat mich veranlaßt, die Ueberwachung des Grundstückes anzuordnen,“ meinte Martini nickend. „Sanders ist seit zwei Tagen aus dem Irrenhause entsprungen und vermutlich auf dem Wege hierher.“

Betroffen trat der Bürgermeister einen Schritt zurück und ließ ein leises Pfeifen hören. „Ja, nun klapier ich! Der wird natürlich zu seiner Tochter wollen, denn die zwei schreiben einander immer, ich muß es wissen, ich hab' ja die Postagentur. . . nun weiß ich aber auch, was mit Bindewald los ist. . . wenn der dem Sanders in die Hände geraten ist, dann gute Nacht. . . der hat ihm den Tod zugeschworen. Ja war selbigsomal Geschworener und ich sehe ihn noch auf der Anklagebank herumtanzen und ein über das andere mal seine Unschuld herauszusprechen und den Bindewald bis in den Abgrund hinein verfluchen. War natürlich alles nur Komödie, der Schuft war so schuldig wie der Satan. . . aber kriegt er den Bindewald unbeschrien zu fassen, so ist für den gescheit.“

Martini nickte zerstreut; ihn beschäftigte noch der vorige Gedankengang. „Am bei diesem Jungnickel zu bleiben — irre ich mich nicht, so hab ich schon amtlich mit ihm zu tun gehabt — ein großer, kräftiger Mann, vielleicht ein beginnender Dreißiger, sieht mit seinem Vollbart wie ein Förster aus, trägt wenigstens immer eine grüne Joppe?“

„Stimmt. Sie mögen ihn schon leicht kennen, es geht bergab mit ihm, er ist in letzter Zeit häufig verflagt worden und in den nächsten Tagen soll er wohl gar ausreisen werden.“

„So, so!“ Der Amtsrat blieb nachdenklich. „Aber das ist's nicht allein. Mir ist's, als sei der Mann schon einmal in Untersuchung gestanden.“

Der Bürgermeister lachte. „Das stimmt auch. Er soll dem Förster zuweilen ins Gehege kommen. Sie wissen ja, Herr Amtsrat, einen „Krummen“ schließt fast jeder hier im Dorfe, wenn's unbeschrien geschehen kann, und der Jungnickel nun gar, der hat doch früher, wo's ihm noch besser ging, Jagdanteil gehabt. Da kann er's heut noch nicht lassen, das Wildleben nämlich. Das heißt, so vermutet man, nachweisen hat ihm noch keiner was können, die Untersuchung selbigsomal hat ja auch eingestellt werden müssen.“

„Nun gut, wir werden ja sehen. Am besten werden Sie bei Tagesanbruch zunächst Umfrage halten, wer von den Einwohnern am verflochtenen Nachmittage nicht zu Hause oder über Land gewesen ist. Das muß natürlich unauffällig geschehen und zwar so früh wie möglich.“ Er gähnte. „Haben Sie ein Zimmer für mich? Die Rückfahrt lohnt sich ohnehin nicht mehr und ist auch nicht verlockend. . . und wie steht es mit Ihnen, Frau Bindewald?“ wendete er sich an die inzwischen wieder gefasert Gewordene, die vom Sofa aufgestanden war. „Ich denke, auf Ihren alten Franz können Sie sich verlassen, der paßt daheim schon gut auf. Zu einer Rückfahrt jetzt in der Nacht würde ich Ihnen nicht raten.“ (Fortsetzung folgt.)

gar 20 Milliarden Pfund Sterling bezahlen könne, sei mehr und mehr abgedämpft; Leistungen von großem Umfang von einem Land ins andere könnten nur in Waren oder Arbeit ausgeführt werden.

Beteiligung Amerikas an der Konferenz der Wiederherstellungskommission.

Paris, 1. Dez. Nach dem „Matin“ hat die Wiederherstellungskommission das Finanzamt der Vereinigten Staaten eingeladen, einen Vertreter zu einer demnächst stattfindenden Konferenz (in Brüssel?) zu entsenden. Diese Konferenz soll Mittel suchen, mit denen den heftigen Kursschwankungen der deutschen Reichsmark begegnet werden könnte, die möglicherweise durch die nächsten Ultimatumzahlungen am 15. Januar und 15. Februar veranlaßt werden. Das Finanzamt hat, wie der „Matin“ beifügt, die Einladung angenommen und wird wahrscheinlich den seitherigen Beisitzer bei der Wiederherstellungskommission, Boydon, beauftragen. Der Staatssekretär Mellon habe jedoch die Bedingungen gestellt, daß die beabsichtigte Konferenz sich streng auf den genannten Gegenstand beschränke und sich weder mit der Befestigung des Beschlusses im allgemeinen noch mit der Entschädigungsfrage in ihrer Gesamtheit befasse, und daß ferner der amerikanische Vertreter nur in halbamtlicher Eigenschaft teilnehme.

Die Einnahmen der Eisenbahnen.

Berlin, 1. Dez. Die Einnahmen der Reichseisenbahnen im Oktober betragen im Personen- und Gepäckverkehr 596 Millionen Mk. gegen 390 Millionen im Oktober v. J. und im Güterverkehr 2096 Millionen gegen 958 Millionen im Oktober v. J. Nimmt man die Zustüsse aus sonstigen Quellen noch hinzu, so ergibt sich für Oktober d. J. eine Gesamteinnahme von 2825 Millionen Mk. gegen 1400 Millionen im Vergleichsmonat 1920. Vom April bis Oktober wurden im Personen- und Gepäckverkehr 3883 Millionen gegen 2718 Millionen im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres aufgebracht, im Güterverkehr 11850 Millionen gegen 6232 Millionen im Jahr 1920. Dies ergibt unter Hinzurechnung der sonstigen Einnahmen eine Gesamteinnahme von 16299 Millionen von April bis Oktober 1921 gegen 9255 Millionen im Jahr 1920. Gegenüber dem Voranschlag sind von April bis Oktober im Personenverkehr 507 Millionen mehr und im Güterverkehr 793 Millionen weniger eingeommen.

Keine rote Gefahr in Portugal.

London, 1. Dez. In einer Zuschrift an die „Times“ erhebt die portugiesische Gesandtschaft in London scharfe Verwahrung gegen die von der „Times“ verbreitete Meldung über eine „rote Gefahr“ in Portugal. Das Einschreiten einer auswärtigen Macht werde nicht erwogen.

Eine deutliche englische Äußerung.

London, 1. Dez. Reuter berichtet, daß in den bisheiligen Erörterungen noch nichts bestimmte Formen angenommen habe. Von gut unterrichteter Seite vermag man, daß augenblicklich darüber verhandelt werde, auf welche Weise Deutschland in die Lage versetzt werden könne, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es herrsche die Ansicht vor, daß bevor die deutschen Finanzen auf eine gesicherte Grundlage gestellt würden, keinerlei Aussicht auf große Zahlungen bestehe. Brillante Finanzkreise seien der Ansicht, daß wenn klare Maßnahmen zur Besserung der Finanzlage angenommen würden und den Maßnahmen genügend Zeit zum Auswirken gelassen werde, die Aussichten auf die Leistungen Deutschlands befriedigend seien. Andererseits glaube man, daß wenn sofortige Maßnahmen gegen den Schuldner angewandt würden, ohne Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit und ohne Rücksicht darauf, daß die Staatsmaschine in Deutschland im Gang gehalten werden müsse, ein finanzielles Durcheinander und ein politischer Wirrwarr sicher sei. Von der öffentlichen Meinung in Frankreich werde das nicht genügend erkannt, obgleich wahrscheinlich die französischen Staatsmänner nicht minder gegen diese Möglichkeit seien als ihre Kollegen in London. Die Frage eines Vorschusses seitens der Londoner Banken zur Deckung der Entschädigungsverpflichtung im Januar und Februar hingen mit dieser Hauptfrage zusammen. Wenn ein genügend großer Vorschuss nicht erreicht werde, so werde die Krisis nur beschleunigt werden.

Württemberg.

Stuttgart, 1. Dez. (Vom Landjägerkorps.) Der Kommandeur des Landjägerkorps, Oberstleutnant a. D. v. Schnitzer, wurde auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt und Oberstleutnant a. D. Paul Schmecher, Abteilungsleiter beim Reichsarchiv, Zweigstelle Stuttgart, zum Kommandeur des Landjägerkorps ernannt.

Stuttgart, 1. Dez. (Ein „Selbstverfolger“.) Ein gewisser Paul Chatillon kam im Jahr 1919 aus Neapel nach Stuttgart und wurde, da er anscheinend ein großer Deutschfreund war, zum Vorstand des Landesverbandes ehemaliger Kriegsgeliebter gewählt. Der Verband unterhielt auch eine Abteilung für Versorgung mit Kleibern, Lebensmitteln usw. Bald fehlten in der Kasse große Beträge. Chatillon wurde die Unterschlagung von mindestens 23 000 Mark zur Last gelegt. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis, die durch die Unteruchungshaft verbüßt sind.

Magold, 1. Dez. (Wekämpfung der Fischerei.) Nach einer Bekanntmachung des Oberamts zählt die Landwirtschaftskammer für die Erlegung eines Fischweibchens eine Prämie von 10 Mark.

Trendorf, O. A. Turlingen, 1. Dez. (Kirchenfest.) In der Kirche wurde die Sakristei geöffnet und ein wertvoller vergoldeter Korb gestohlen.

Göppingen, 1. Dez. (Bausandsteuer.) Mit Wirkung vom 1. April nächsten Jahres an wird auch hier die Bausandsteuer eingeführt. Es werden fünf vom Tausend des gemeinen Werts für alle baurien Grundstücke erhoben. Der Steuerertrag des ersten Jahres wird auf rund 60 000 Mark geschätzt.

Geislingen a. St., 1. Dez. (Bodenschätze der Alb.) Zwischen Altsiedel und Ueberlingen wird nun der Abbau der Erzlager vorbereitet. In den nächsten Tagen wird mit dem Graben eines Stollens begonnen. Eine besondere Feldbahn soll die Erze an die Altsiedelbahn bringen, von wo aus sie zur Verhüttung abtransportiert werden. Bis zum 1. März 1922 soll die Abfuhr von Erzen normal erfolgen.

Gosbach, O. A. Geislingen, 1. Dez. (Großfeuer.) Am Mittwoch früh brach im Trockenraum der Papierfabrik Feuer aus, das die ganze Fabrik einschloß. Der Schaden ist groß, da viele Vorräte mitverbrannten. Die Fabrik ist schon einmal 1911 abgebrannt, wurde dann wieder aufgebaut und bedeutend vergrößert.

Ulm, 1. Dez. In der Fabrik von Seitz u. Ströbel in Neu-Ulm, in der im Auftrag der Reichswehrhandelsfirma Munition zerlegt wird, plachten vorgestern abend mehrere hundert Granaten. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Heidenheim, 1. Dez. (Teuere Schuhe.) Die Schuhmachereinnahme hat folgende Preise festgesetzt: Herrenstiefel Klasse I 600, Kl. II 500, Kl. III 450 Mk., Damenstiefel Kl. I 600, Kl. II 540, Kl. III 400 Mk., Sohlen 90 Mk., Absätze allein 24 Mk. Reparaturen werden nach Stundenlohn berechnet. Stundenlohn 6 Mk.

Waldsee, 1. Dez. (Kirchentollekte.) Das Opfer am ersten Adventssonntag in der kath. Stadtpfarrkirche hier für die notleidenden Wohltätigkeitsanstalten unserer Diözese hat über 7000 Mk. ergeben. Die Sammlung ist noch nicht ganz abgeschlossen, stellt aber bis jetzt schon ein schönes Resultat dar.

Navensburg, 1. Dez. (12 Jahre Zuchthaus für einen Brandstifter.) Vor dem Schwurgericht stand der 45 Jahre alte Dienstknecht Johann Köppler von Heimssteden, Bezirksamt Wehrh., der im Sept. d. J. das landw. Anwesen des Josef Windel in Ummendorf in Brand setzte. Der gesamte Futter- und Getreidevorrat des 100 Morgen großen Hofguts verbrannte, der Schaden betrug über 360 000 Mk. Die Dienstknechte konnten sich nur durch einen Sprung aus ihrer Kammer retten. Das Gericht verurteilte Köppler unter Einbeziehung einer kleineren Diebstahlsstrafe zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Friedrichshafen, 1. Dez. (Hilfe für die Teuringertalbahn.) Das Staatsministerium hat einen Gegengewert gutgeheißen, nach dem der notleidenden Teuringertalbahn G. m. b. H. in Friedrichshafen zur Vollenbung der Bahn Friedrichshafen-Oberzellingen ein verzinsliches Darlehen von 1 Million Mark zu denselben Bedingungen gewährt werden soll, wie sie für das vom Reich beabsichtigte Darlehen an die Gesellschaft von 800 000 Mk. festgesetzt werden. Der Gegengewert wird alsbald dem Landtag zugehen.

Vom Bodensee, 1. Dez. (Pferdeschmuggel.) Ein ausgehender Pferdeshmuggel nach der Schweiz wurde von der höchsten Gendarmerie im Rheintal aufgedeckt. Es wurden 5 Pferde beschlagnahmt. Die Beteiligten, Borsarberger und Schweizer, wurden verhaftet.

Baden.

Karlsruhe, 1. Dez. Vom Ministerium des Innern wurde dem Kaufmann Otto Eugen Schajstrot in Mannheim und dem Sägewerksbesitzer Paul Schellinger in Alhausen die badiische Rettungsmedaille verliehen.

Die badischen Lederwerke A. G. in Karlsruhe-Mühlburg werden der Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 2,5 auf 4,5 Millionen Mark vorgeschlagen.

Karlsruhe, 1. Dez. Der Haushaltsausschuh trat gestern morgen 9 Uhr zur Weiterberatung über den Gegengewert zur Aenderung des Beamtengesetzes zusammen. Der Gegengewert wurde mit geringen Aenderungen angenommen. Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge sollen in Zukunft noch drei Monate nach Ablauf des Monats, in dem die Verlegung in den Ruhestand bzw. der Sterbefall eingetreten ist, gewährt werden. Der Jahresbetrag kann höchstens 75 000 Mk. sein. Das Witwengeld beträgt 40 v. H. des Ruhegehalts, das Waisengeld für Halbwaisen ein Fünftel, für Vollwaisen ein Drittel des Witwengelds. Der Finanzminister wird ermächtigt, den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen vom 1. Okt. an Vorschüsse auf die neuen Bezüge auszubehalten. Die Zwangspensionäre sollen die vollen aktiven Teuerungszulagen erhalten.

Mannheim, 1. Dez. Im Lauf des Winters wird voraussichtlich eine 4. Fernsprecheinrichtung Mannheim-Berlin geschaffen werden. Ebenso sind neue Leitungsverbindungen von Berlin nach Karlsruhe und Freiburg sowie eine Fernabellinie nach Süddeutschland vorgesehen.

Mosbach, 1. Dez. Infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Bezirksamt haben sämtliche Mitglieder des Wohnungsausschusses ihre Ämter niedergelegt.

Ettlingenweiler, 1. Dez. In der Nacht drangen Diebe durch das Fenster in die hiesige Kirche ein, erbrachen sämtliche drei Tabernakel und stahlen das Verkreuz. Es ist noch nicht festgestellt, ob noch andere kirchliche Gegenstände den Kirchenhändlern in die Hand fielen.

Seebach, 1. Dez. In dem benachbarten Wolfbrunnen kam ein gefällter mächtiger Baumstamm ins Rollen und fuhr von der steilen Bergwand herab in das Gasthaus „zum Wolfbrunnen“. Er durchschlug mehrere Wände, bis er mit abgebrochener Spitze stehen blieb. Der Materialschaden ist bedeutend.

Freiburg, 1. Dez. Hier konnte ein angeblicher Arzt aus Marienburg und eine 24jährige Frau aus Saarbrücken, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft, verhaftet werden. Das Beträgpaar reiste schon längere Zeit in mehreren Städten umher und übte die „Heilkunde“ aus, wobei es für alle Leiden das nämliche minderwertige Produkt aus Anis und Fenchel verabreichte. Für die ärztliche Untersuchung wurde 30 Mk. und für den Inhalt der Flasche 150 Mark verlangt.

Fridingen b. Ueberlingen, 1. Dez. Einer weit verzweigten Gesellschaft von Fahrraddieben ist man hier

auf die Spur gekommen. Nicht weniger als 30 junge Leute sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Sigmaringen, 1. Dez. (Der Segen des Waldes.) Die Gemeinde Bingen muß einen Wasserleitungsbau bezahlen. Es wurden 1500 Festmeter Holz geschlagen, aus denen 1 1/2 Millionen Mark gelöst wurden. Die Schulden sind gedeckt und ein Rest an Bargeld bleibt noch übrig.

Donaueschingen, 1. Dez. Im Butachtal fanden dieser Tage Gerstenverläufe für Brauereien statt. Bis zu 700 Mk., also das Siebzehnfache der Friedenspreise wurde für den Doppelzentner Gerste geboten.

Mutmägliches Wetter.

Der Hochdruck im Osten leistet dem allmählich von Westen heraufziehenden Luftwirbel immer noch Widerstand. Am Samstag und Sonntag ist zunehmende Bedeckung, aber immer noch vorherrschend trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Bermischtes.

Der Betrieb in dem Oppauer Werk soll in nächster Woche wieder aufgenommen werden. Das Stickstoffsyndikat hat zahlreiche neue Frühjahrsaufträge entgegengenommen. Die deutsche Erzeugung wird im nächsten Jahr erheblich größer sein als im Vorjahr.

Für den durch die Explosion angerichteten Schaden werden von den etwa 30 beteiligten Feuerversicherungs-gesellschaften rund 70 Millionen Mk. zu leisten sein.

Glück im Stall. Einem Bauern in Herdillinsweiler bei Schw. Gmünd brachte seine älteste Kuh drei kräftige Kälber zur Welt, die alle wohltauf sind.

Gute Jagd. Bei einer Treibjagd im Gemeindevwald von Sindelfingen O. A. Böblingen wurden 5 Hirsche erlegt.

Guter Fang. Bei Saargemünd (Lothringen) wurde ein aus Deutschland kommendes Automobil von Grenz-aufsehern angehalten, das für einen Müllhauser Großkaufmann bestimmt war und für 600 000 Mk. Waren enthielt, darunter 228 Hasen, 40 Meise, zahlreiche Fasanen, 300 000 Eier und eine größere Menge Käse. Sämtliche Waren wurden beschlagnahmt.

Das Gold in der Wauduhr. Bei der Versteigerung des vor einigen Wochen in Karlsruhe ermordeten Arztes Dr. Witz wurden im Gehäuse einer Wauduhr 100 Zwanzigmarkstücke gefunden, die jetzt einen Wert von 85 000 Mk. darstellen.

Mittelnprozess. Im Jahr 1919 hatte die neue Regierung von Neuch bei einer Großhandlung in der Schweiz große Anläufe von Lebensmitteln gemacht, das Reich erteilte aber die Einfuhrerlaubnis nicht. Die Firma behauptet, dadurch sei für sie ein Schaden von 705 000 Franken entstanden, der durch die Markentwertung und die Zinsen auf eine riesige Summe angewachsen ist. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, die Firma habe die Regierung von Neuch auf Zahlung eines Schadenersatzes von 36 Millionen Mark verklagt.

Das Ende vom Lied. Der Kaufmann Hermann Kurt Franke, der in Dresden den Elbelonzern gegründet hatte und mit mehreren Millionen Mark geschohen war, hat in Frankfurt Selbstmord begangen.

Ein Blaubart zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Paris verurteilte einen Mann namens Landru, der nachweislich mindestens 9 Frauen an sich gelockt, ermordet und beraubt hat, zum Tode. Die Geschworenen richteten ein Begnadigungsgesuch an den Staatspräsidenten. Landru, der von häßlichem Aussehen ist, erfreut sich in der Pariser Frauenwelt großer Anhängerschaft, deshalb wird seine Begnadigung für wahrscheinlich gehalten.

Zuzug von Auslandsdeutschen. Die schweizerische Regierung weist gegenwärtig viele Deutsche aus, um deren Arbeitsstellen mit Einheimischen zu besetzen und so der außerordentlichen Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Handel und Verkehr.

Der deutsche Außenhandel. Nach dem vom Stat. Reichsamt herausgegebenen Nachweis beträgt der deutsche Einfuhrüberschuß im August d. J. 2740, im September 3140 Millionen Papiermark. Der Gesamtwert der Einfuhr betrug im August 9420, im September 10 660, der Gesamtwert der Ausfuhr 6680 bzw. 7520 Millionen Papiermark.

220 000 Zentner Bohnenmehl ins Ausland verkauft. Vor dem Dresdener Landgericht hatte sich der Getreidehändler Ballin wegen Preiswuchers beim Verkauf von Bohnenmehl zu verantworten. Er wurde aber freigesprochen, da das Geschäft nicht nur keinen Gewinn, sondern einen Verlust von 89 000 Mk. erbrachte und überdies gar keine Kollage bestanden hatte. In dem Prozess sagte der Vor. ende der Berliner Produktionsbehörde aus, Reichs- und sächsische Behörden hätten durch ihre unbegründeten Ankäufe im vorigen Jahr die Preise unsinnig in die Höhe getrieben und die Ware dann nicht verkauft. Das Reich habe im Sommer d. J. sogar 220 000 Ztr. Bohnenmehl zum zehnten Teil des Einkaufspreises ins Ausland verkauft.

Aus dem Wollhandel. Das Fachblatt „Spinner und Weber“ teilt mit, daß die noch bestehenden kleinen Wollmärkte vom nächsten Jahr ab aufgehoben werden sollen.

Anaptheit an Fensterglas. In den letztvergangenen Wochen war die Anaptheit an Fensterglas so groß, daß selbst der dringendste Bedarf des Inlands zeitweise nicht gedeckt werden konnte. Verschärft wurde sie durch das Explosionsunglück von Oppau. Die Erzeugung war in den längsten Monaten annähernd so groß, wie in der Zeit vor dem Krieg. In den Kreisen der Industrie glaubt man daher, in wenigen Wochen den Inlandsbedarf decken zu können. Die Außenhandels-nachfrage „Glas“ hat vor einigen Tagen in Wien beschlossen, daß die Ausfuhr von Fensterglas bis auf weiteres 20 Prozent der Gesamtproduktion nicht übersteigen dürfe.

Stuttgart, 1. Dez. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 314 Ochsen, 20 Bullen, 200 Jungbullen, 212 Jungrinder, 392 Kälber, 604 Kälber, 871 Schweine und 131 Schafe. Erloßt wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 740-810, zweite 560-700, Bullen erste 750-800, zweite 590-700, Jungrinder erste 800-900, zweite 670-760, dritte 550 bis 640, Kälber erste 600-720, zweite 420-520, dritte 300-400, Kälber erste 1020-1100, zweite 940-1000, dritte 820-900, Schweine erste 1850-1970, zweite 1680-1780, dritte 1500-1620, Hammelfleisch 950 bis 1050, Schaffleisch 700-800 Mk. Verkauf des Marktes: Kälber lebhaft, sonst mäßig belebt.

Weißt du auch warum den Baum . . . ?

Weißt du auch warum den Baum rütteln kommt der Wind, nicht weil er aus tiefem Traum wecken will sein Kind. Nein, daß unten in der Erd' Wurzeln, die schon müd, werde neue Kraft beschert, wachsen müß an Glibel. Kommt von ungefähr ein Sturm; packt ihn gar zu arg, steht der Baum gleich wie ein Turm

Städt. Forstamt Wildbad.

Forchen-Reis-Verkauf.

Am Mittwoch, den 7. Dezember 1921 vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Stadtwald Leonhardswald, Abt. Landvogteitafel
8 Flächenlose geschätzt zu 8000 forchenen Wellen, geeignet zur Aufbereitung von Grubenholz. Auszüge durch die Stadtpflege.

Der Landesverband der Friseurmeister Württembergs

hat beschlossen für Herren- und Damenbedienung ab 1. Dezember 1921 folgende

Mindestpreise

in Kraft treten zu lassen:

Herrenbedienung.

Rasieren	Mk. 1.50	
Kurz-Haarschneiden f. Erwachsene	„ 4.50	
nach Ansprüchen Erhöhung.		
Kurz-Haarschneiden für Kinder	„ 3.—	Samstags 50% Zuschlag,
nach Ansprüchen Erhöhung.		Sonntags 100%.
Vollbartschneiden	„ 3.—	
Kopfwaschen	Mk. 3.— und mehr.	

Damenbedienung.

Kopfwaschen mit Ondulation und Frisur für Kinder	10 Mk. 5 Mk.
und höher je nach Länge der Haare. (Samstags 50%, Sonntags 100% Zuschlag).	
Frisieren mit Ondulation	8 Mk.
Manicure	10 Mk. Bedienung 15 Mk.

Schnurrbart-, Rinnbart- oder Backenbartschneiden verstehen sich als Extra-Berechnung.

Schwarzw.-Friseur-Zwangsinnung Bezirk Neuenbürg.

Fabrikarbeiter-Verband Zahlstelle Wildbad.

Am Sonntag, den 4. Dezember nachmittags 3 Uhr findet im

Gasthaus zur „alten Linde“

eine Versammlung

statt, zu der sämtliche Kollegen und Kolleginnen eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Beitragsfrage.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

hast bis in das Mar!

Weißt du warum dich einmal traf ein Mißgeschick, dir zu bringen Herzensqual? Nein! Es will dein Glück! Was dir Leibes auch geschah, heilsam wird es sein, deiner Seele will es ja Tragekraft verleihen! Ob dich dann ein Sturm umbraust, ohne Maß und Ziel, merk! Des Schicksals rauher Faust häßt du ergenst!

*) Aus „Zurück zur Natur“ von Alexis Claude, Verlag von Edwin Marx Reichenau i. S.

Aus der Heimat.

Dienstaachrichten. Die Oberpostdirektion Stuttgart hat Herr Postsekretär Schaal hier auf Ansuchen nach Stuttgart, Postschekamt, versetzt und Herrn Postpraktikant Thumler zum Postsekretär ernannt. Die nächste Konfirmation soll erfolgen am 2. April nächsten Jahres, also diesmal vierzehn Tage vor Ostern. Der Konfirmationsunterricht beginnt infolgedessen etwas früher als sonst, schon vor Weihnachten, und zwar nächsten Dienstag, den 6. Dezember. Die Unterrichtsstunden sind

Todes-Anzeige.

Nach langer schwerer Leidenszeit durfte heute unsere liebe Mutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Friedrike Bindtner

geb. Schill im Frieden Gottes heimgehen.

In tiefer Trauer:
Ernst Bindtner
mit Frau und Kind.
Johanna Bindtner.

Beerdigung: Sonntag nachmittag 2 Uhr.
Für etwa zugebacht Blumen Spenden wird im Sinne der Verstorbenen herzlich gedankt.

Schuhwaren

aller Art, von einfacher bis feinsten Ausführung, sowie verschiedene

Winter-Schuhwaren

in allen Größen bei mäßigen Preisen empfiehlt
Hermann Lutz.
Reparaturen gut und billig.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad

An unsere verehrl. Mitglieder bezw. Aussteller!

Anmeldeformulare zur Gau-Ausstellung können bei Vorstand W. Kull noch abgeholt werden. Es wird gebeten, die Anmeldungen so reichlich wie möglich ergehen zu lassen. Die Anmeldebogen sind bis spätestens 4. Dezember bei Vorstand W. Kull oder Kassier G. Hesser abzugeben. Nachmeldungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

Das Standgeld beträgt pro Nummer Mk. 3.—, für Sammelstamm (1,2) Mk. 5.—, für Häsln mit Junge ebenfalls Mk. 5.—. Das Standgeld ist unbedingt mit der Anmeldung abzugeben.

An die Vereinslosverkäufer!

Die nicht verkauften Lose müssen bis spätestens Freitag, den 9. Dezember bei Vorstand Kull abgeliefert sein, andernfalls die Lose als verkauft gelten. Eine spätere Ablieferung wird also zwecklos sein.

Die Vereinsleitung.

NB. Es werden auch noch einige Enten zu Loszwecken vom Verein angekauft.

Dienstag und Donnerstag von 4 bis 5, und Freitag von 11 bis 12. Ebenfalls am Dienstag, den 6. Dez. beginnt der sog. Zuhörer-Unterricht. Er findet statt Dienstags und Donnerstags von 4-5 Uhr. In den Zuhörer-Unterricht aufgenommen werden können Söhne und Töchter, die bis zum 30. April 1922 das 12. Lebensjahr vollenden werden.

Linden-Lichtspiele. Samstag abend 8 Uhr, Sonntag nachm. 4 Uhr und abends halb 8 Uhr läuft das falkige Drama „Die einsame Insel“, mit Hans Mierendorff in der Hauptrolle. Der Name Mierendorff sagt alles. Die Aufnahmen sind im Lande der Mitternachts-sonne gemacht und sind einzig in ihrer Art. Als Beiprogramm läuft die falkige Film-Humoreske „Eine heikle Wette“. Wer wirklich einmal von ganzem Herzen lachen will, der komme und sehe sich dieses Lustspiel an. An beiden Tagen Konzert.

Calmbach. Eine Körperschaft, deren Arbeitsbereich und große Bedeutung manchem noch wenig bekannt ist, ist der Reichswirtschaftsrat. Zur unbedingt nötigen Aufklärung darüber spricht Herr Landtagsabgeordneter Fischer, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, am Sonntag den 4. Dez. nachm. 3 1/2 Uhr im Kronesaal in Calmbach über das Thema „Der Reichswirtschaftsrat, seine Aufgaben und die heutige Lage“. Es wäre sehr erwünscht, daß diese unpolitische, öffentliche Versammlung sich auch eines lebhaften Besuches aus den Nachbarorten erfreuen würde.

FELLE

von Maulwurf, Kanin, Feldhasen, Rehe, Geiße, Fuchs, Marder sowie alle anderen Felle kauft zu den höchsten Preisen an.

E. Maischhofer, Pforzheim
Moderne Tierausstopferei :: Lindenstr. 52 :: Tel. 1501

Linden - Lichtspiele

Samstag abend 8 Uhr, Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends 1/8 8 Uhr

Die

einsame Insel

Drama in 5 Akten
aus dem Lande der Mitternachts-sonne.
In der Hauptrolle Hans Mierendorff.

Eine heikle Wette

Film-Humoreske in 2 Akten.
Ole Toms in der Hauptrolle.

An beiden Tagen Konzert.

Holzafche

billig zu verkaufen.
Bäder Zieste.

Prima Weizenmehl

eingetroffen.
Consumverein.

Seizbares

Zimmer

von besserem Herrn für sofort gesucht.
Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

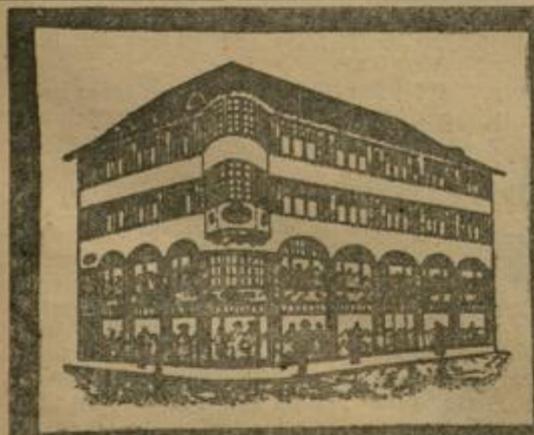
Brennholz

in großer und kleinen Quantitäten (Scheiter und Prügel) liefert sofort jede Qualität frei vors Haus zu mäßigem Preis.

W. Schmid, Bad. Hof

Blaue Arbeitsanzüge
Drillhanszüge
Kräftige Arbeitshosen
Feldgraue Hosen
Manchester-Hosen
Warme Lodenjoppen
offertiert

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft
Karlsruhe, Kronenstr. 52.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim,
Ecke Metzger-Blumenstr.